



An die Bezirksvorsteherin für den 18. Bezirk
Mag^a Silvia Nossek

Martinstraße 100
1180 Wien

Bewachung der Bezirksvertretungssitzung am 4.6.2020 durch die Rathauswache mit einer Schusswaffe

Der unterzeichnende Bezirksrat der SPÖ stellt zur Bezirksvertretungssitzung am 25. Juni 2020 gemäß § 23 Abs. 1 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgende

Anfrage

1. Mit welcher genauen Begründung wurde von der Bezirksvorsteherung Währing beim Magistrat der Stadt Wien für die Bezirksvertretungssitzung auf Verlangen am 4. Juni 2020 eine Bewachung durch die Rathauswache beantragt bzw. angefordert?
2. Wann genau wurde um diese Bewachung ersucht?
3. Wenn offensichtlich durch die Bezirksvorsteherung eine erhöhte Gefährdung für die Sitzung und ihre Teilnehmer*innen gesehen oder befürchtet wurde, und ein Mitglied der Rathauswache sogar mit einer Schusswaffe und einer schusssicheren Weste ausgerüstet war, warum wurden die Mitglieder der Bezirksvertretung darüber nicht im Vorfeld informiert?
4. Werden die Fraktionen der Bezirksvertretung künftig durch die Bezirksvorsteherung informiert, wenn durch die Bezirksvorsteherung eine Gefährdung einer Sitzung der Bezirksvertretung, eines Ausschusses oder einer Kommission gesehen und deshalb eine Bewachung angefordert wird?

Begründung

Die Anfrage ist im öffentlichen Interesse.

Bei der Sitzung der Bezirksvertretung auf Verlangen am 4. Juni 2020 hielten sich drei uniformierte Mitglieder der Rathauswache vor dem Sitzungssaal auf. Einer von ihnen trug eine schusssichere Weste und eine Schusswaffe. Das hat bei Besucher*innen der Bezirksvertretungssitzung Irritationen ausgelöst. Die Rathauswache rückt zur Bewachung von Bezirksvertretungssitzungen aufgrund einer Anforderung durch die Bezirksvorsteherung aus, z.B. dann, wenn – so ist zu vernehmen - befürchtet wird, dass „aufgebrachte Bürger“ eine Sitzung stören könnten oder es „Probleme mit einer Bürgerinitiative“ geben könnte.